

16. Wahlperiode

Kleine Anfrage

des Abgeordneten Andreas Otto (Bündnis 90/Die Grünen)

vom 04. Oktober 2007 (Eingang beim Abgeordnetenhaus am 08. Oktober 2007) und **Antwort**

Wie geht's den MitarbeiterInnen bei privatisierten Wohnungsbaugesellschaften?

Im Namen des Senats von Berlin beantworte ich Ihre Kleine Anfrage wie folgt:

1. Trifft es zu, dass der Senat bei der Veräußerung der landeseigenen Wohnungsbaugesellschaften (GEHAG und GSW) versucht hat, einen Schutz der MitarbeiterInnen vor betriebsbedingten Kündigungen vertraglich zu vereinbaren?

2. Wie lauten die entsprechenden Passus in den Verträgen?

3. Welche Sanktionen oder Vertragsstrafen wurden vereinbart, falls doch betriebsbedingte Kündigungen ausgesprochen würden?

Zu 1. bis 3.: Die Anteilskaufverträge zu den Verkäufen der GSW und der GEHAG enthalten jeweils Vertraulichkeitserklärungen. Danach unterfallen vertragliche Regelungen, einschließlich Ihrer Sanktionierung, der Vertraulichkeit. Die Verträge lagen zum Zeitpunkt der Vertragsschlüsse dem Abgeordnetenhaus als vertraulicher Anhang vor, wurden ausführlich im „Unterausschuss Vermögensverwaltung“ des Hauptausschusses erörtert und unterliegen dem Vertragscontrolling der Senatsverwaltung für Finanzen.

4. Welche bzw. wie viele Fälle von vertragswidrig ausgesprochenen betriebsbedingten Kündigungen sind dem Senat bisher bei den einzelnen Gesellschaften oder deren Nachfolgern/Töchtern bekannt geworden, und was hat der Senat daraufhin unternommen bzw. erreicht?

5. Welche Sanktionen oder Vertragsstrafen wurden in den Fällen entsprechend Frage 4. verhängt?

Zu 4. und 5.: Vertragswidrige, betriebsbedingte Kündigungen wurden nach hiesiger Kenntnis nicht durchgeführt.

6. Welche Wirkungen hatte das Schreiben der Staatssekretärin der Senatsverwaltung für Finanzen vom 23. August 2005 an die H. bzgl. betriebsbedingter Kündigungen bei der GEHAG?

Zu 6.: Auf der Grundlage dieses Schreibens wurde eine einvernehmliche Lösung unter den Beteiligten über den Ausschluss betriebsbedingter Kündigungen erzielt.

Berlin, den 31. Oktober 2007

In Vertretung

Iris Spranger
Senatsverwaltung für Finanzen

(Eingang beim Abgeordnetenhaus am 07. Novemb. 2007)